

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5500 000 Mark, zu den Ausgabestellen monatlich 5000 000 Mark. Bei Postbezug monatlich 5512 000 Mark. Unter Streifen in Polen monatlich 9 000 000 Mark, Danzig 7,5 Gulden. Bei höherer Gew. alt. Vertriebsstelle, Arbeitsniederlegung od. Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitg. od. Rückzahlg. des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonettzeile 207 000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 1 000 000 Mark. Danzig 15 bz. 75 Mark. Deutschland 15 bzw. 75 Goldmark, übriges Ausland 100 %, Aufschlag. — Bei Platzvorrat und schwierigerem Satz 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 500 000 Mark. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Stettin 1847, Polen 202 157.

Nr. 35.

Bromberg, Dienstag den 12. Februar 1924.

48. Jahrg.

Die Genfer Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in der Frage der Anerkennung des polnischen Bürgerrechts (Art. 3 und 4 des Minoritätenvertrages) beginnen am 12. d. M. unter dem Vorsitz des Brasilianers Souza-Bantes, des Berichterstatters des Völkerbundesrates in dieser Angelegenheit. Als Vorsitzender der polnischen Kommission hat sich der Departementsdirektor im Außenministerium, Dr. Kozminski, nach Genf begeben, ebenso der Bevollmächtigte der polnischen Regierung für die allgemeinen deutsch-polnischen Verhandlungen, Dr. Pradzynski, Präses der Generalstaatsanwaltschaft in Polen. Die deutsche Delegation, die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Lewald steht, wird außer ihm von dem Obersekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Erich Bechlin, und dem Professor der Rechte an der Universität Bonn, Dr. Erich Kaufmann, gebildet. Zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die allgemeinen deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf, die bisher in Dresden geführt wurden, und demnächst wieder in Warschau aufgenommen werden sollen, ist wiederum der Legationsrat von Stochhammer ausersenden.

Bei den Genfer Verhandlungen, die am 12. Februar beginnen, handelt es sich zunächst um die bereits durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag festgelegte Interpretation des Art. 4 des Minoritätenabkommens vom 26. Juni 1919. Für die Deutschen in Polen ist diese Auslegung des höchsten Weltgerichtshofes

selbstverständlich res judicata.

was von beiden Verhandlungsseiten unbedingt respektiert werden muß. Es kann sich bei den Verhandlungen in Genf, die sich außerdem noch mit der näheren Auslegung des Art. 3 des Minoritätenvertrages zu befassen haben, hinsichtlich der bereits im Haag interpretierten Bestimmungen nur um die Lösung von Problemen handeln, die durch diese Entscheidung notwendig entstanden sind. a. B. um die Abgrenzung der Gültigkeit des Art. 4 für die spätere Zeit.

In seiner Resolution vom 27. September 1923 hat der Völkerbundrat eine Resolution angenommen, in der er das Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes vom 15. September über die Auslegung des Art. 4 ausdrücklich annahm und für die Auslegung der Bestimmungen des Art. 3 und der praktischen Anwendung des Art. 4 Verhandlungen zwischen der polnischen und deutschen Regierung anerkennt. Der polnische Delegierte, Graf Skirmunt, hat, wie der Berichterstatter des Rates, Souza-Bantes (Brasilien), damals mitteilte, dem Rat am 10. Dezember 1923 ein Memorandum überreicht, in dem er die Bereitschaft seiner Regierung erklärte, über die Frage des Art. 4 (Staatsangehörigkeit der Geburtpolen), wie die Frage des doppelten Wohnsitzes und des ununterbrochenen Wohnsitzes, die sich aus Art. 3 des Vertrages ergibt, Verhandlungen mit Deutschland unter den Auspizien des Völkerbundes in Genf zu führen.

Soweit über die Vorgeschichte der heute beginnenden Genfer Verhandlungen, von denen die deutsche Minderheit in Polen, um deren Interesse in erster Linie verhandelt wird, leider ausgeschlossen ist. Mögen die polnische und die deutsche Regierung, wie auch der Vertreter des Völkerbundes dabei bedenken, daß es sich dabei um einen Vertrag zu ungunsten Dritter handelt, der nicht zu unserem Schaden beschlossen werden darf!

Dmowski, Iswolski und die Unabhängigkeit Polens.

Aus Anlaß der Zeugenerklärung Roman Dmowskis im Redaktions-Prozess beschärfte sich der Warschauer „Robotnik“ mit den Voraussagen während des Weltkrieges, an denen Herr Dmowski in Paris teilgenommen hat und die in dem jetzigen Prozeß eine Rolle spielen. Zunächst drückt das Blatt sein Bedauern darüber aus, daß in dem Buche des jetzigen Abg. Kozicki über die „Grenzfrage Polens“ auf der Friedenskonferenz in Paris 1919, nur die Schlussfolgerungen aus der Denkschrift Dmowskis an Iswolski aus dem Jahre 1916 und nicht gleichzeitig auch der Inhalt mitgeteilt wurden. Den Grund dieser Unterlassung sucht der „Robotnik“ in der „unreifen Unterordnung des Schicksals des polnischen Volkes unter das russische Parentum“. Besser als die Mitteilungen Kozickis in seinem Buche illustriert die Lage der Bericht Iswolskis an den Außenminister Sazanow vom 25. 4. 1916. In diesem Bericht heißt es:

Herr Dmowski hat mich nach seiner Rückkehr aus der Schweiz und Italien befehligt und mir von neuem seine Ansichten und Wünsche, die in meinem Schreiben vom 29. Februar (13. März) enthalten sind, auseinandergesetzt. Damals stand Dmowski offenbar unter dem starken Eindruck der ihm aus glaubwürdiger Quelle zugegangenen Nachrichten, daß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn eine endgültige Abmachung über die Zukunft Polens erfolgt sei, wovon Herr von Jagow den polnischen Abgeordneten im Deutschen Reichstage vertraulich Mitteilung machte. Über den Inhalt dieser Verständigung hat Herr Dmowski aus einer anderen, weniger unmittelbaren aber sehr ernst zu nehmenden Quelle das folgende erfahren: Galizien wird in zwei Hälften geteilt, eine russische oder polnische und eine baltische oder ukrainische. Der größere Teil des Königreichs Polen mit 9 000 000 Einwohnern und Westgalizien bilden den polnischen Staat, der einen Teil Österreichs unter denselben Bedingungen wie Kroatrien in Verbindung mit Ungarn bilden wird. Der Bezirk Cholm wird Ostgalizien zugeteilt und bildet einen Teil Ungarns. Preußen „verbessert“ seine Grenze durch Erwerbung der an-

grenzenden polnischen Gouvernements. Nach Dmowskis Überzeugung kann dieser Plan natürlich die polnischen Wünsche nicht befriedigen, um so weniger unter den gegenwärtigen Verhältnissen und nach allen den von uns gemachten Irrtümern und Unterlassungen. Um die polnische Stimmung gegen diesen Plan zu erregen, sind von unserer Seite rasche und genau umschriebene Entschlüsse notwendig. Herr Dmowski ist der Ansicht, daß Rußland unverzüglich ein Projekt zur Lösung der polnischen Frage auszuarbeiten muß im Geiste der Vereinigung aller drei Teile Polens und der Bildung eines polnischen Nationalstaates daraus, der mit Rußland durch solche Bande verbunden wird, die die Gemeinsamkeit staatlichen Sanges und der wirtschaftlichen Interessen sichern würden. Dieser Plan könnte Gegenstand einer Verständigung zwischen Rußland und seinen Verbündeten werden. Es besteht dabei keine Notwendigkeit einer feierlichen Veröffentlichung einer solchen Verständigung. Es genügt vollkommen, wenn die Polen so oder so von seinem Dasein und seinem Inhalt Kenntnis erhalten, z. B. aus Informationen der Zeitungen.

Die von mir unterzeichneten Zeilen (sie sind auch vorstehend von uns durch Fettdruck hervorgehoben) bilden die genaue Wiedergabe der Worte des Herrn Dmowski und gewissermaßen seine kurze Formel für die Lösung der polnischen Frage. Diese Formel ver sprach ich ihm, Ihnen in privater und vertraulicher Weise mitzuteilen.

Ich erklärte Herrn Dmowski — so fährt Iswolski in seinem Brief an Sazanow fort —, daß ich durchaus nicht in eine Erwägung der Frage der künftigen Stellung Polens eintrete und bemerke weiter, daß die Verständigung der polnischen Frage auf das internationale Gebiet für Rußland unannehmbar sei.

Der „Robotnik“ knüpft an diesen Iswolski-Bericht die folgende Betrachtung: „Aus dem obigen Bericht geht mit voller Klarheit hervor, daß in den Herrn Iswolski im April 1916 durch Dmowski unterbreiteten Ansichten und Vorschlägen

überhaupt nicht von einem „unabhängigen Polen“ die Rede

war, sondern nur von einer Konzeption ähnlich dem durch Dmowski erwähnten Verhältnis von Kroatrien zu Ungarn usw. so daß es sich vielmehr um dasselbe Projekt handelte, das Ende desselben Jahres 1916 von Graf Skirmunt Wielopolski dem Zaren Nikolaus II. unterbreitete und von diesem im Grundsatz gebilligt wurde, nämlich um die Verbindung Polens mit Rußland unter einem gemeinsamen Zaren mit gemeinsamer Armee, gemeinsamer Zolltarife usw. Alle hierüber etwa noch bestehenden Zweifel beseitigt die Tatsache, daß Iswolski nach Anhörung der Dmowskischen Vorschläge keine Vorbehalte zu dem ganzen tatsächlichen Inhalt dieser Formel gemacht hat, sondern nur zu einer nebenhergehenden Frage der internationalen Behandlung dieses Problems, besonders mit den Alliierten. Der Bericht Iswolskis bringt den tendenziösen und geschichtsfälschenden Charakter der auszusprechenen Veröffentlichung der Dmowskischen Denkschrift aus Totalität. Die Krönung dieser Methode, die öffentliche Meinung Polens zu täuschen, erfolgte jedoch — immer nach der Ansicht des sozialistischen „Robotnik“ — durch Dmowski selbst in seiner Reuenausgabe am 5. Februar d. J.

Graf Skirmunt Wielopolski ist mit demselben oder vielleicht mit besserem Erfolge zum Zaren gegangen als Dmowski zu Iswolski, aber er warnte wenigstens soweit die gute Form, daß er sich ob dieser Tat nicht zum Nationalhelden stempelte und auch mit Kosciuszko nicht konkurrieren wollte.“

Grabski verzichtet auf die Ministerpräsidentschaft.

Konzentrierung der Tätigkeit auf die Sanierungsarbeiten.

Warschau, 9. Februar. Die Sanierungsarbeiten, welche der Ministerpräsident jetzt als seine wichtigste Aufgabe ansieht, und die seine Zeit derart in Anspruch nehmen, daß er keine Zeit zur Erledigung der mit dem Ministerpräsidentenposten verbundenen Aufgaben übrig hat, haben den Ministerpräsidenten zum Entschlusse gebracht, auf die Ministerpräsidentschaft zu verzichten und sich ausschließlich als Finanzminister dem Sanierungswerke zu widmen. Ministerpräsident Grabski sucht jetzt einen Nachfolger und möchte am liebsten den Abg. Chyha als Ministerpräsidenten sehen, aber die derzeitige politische Lage schließt diese Kombination vorläufig aus. Jedenfalls dürfte es schon in den nächsten Tagen zu einem Wechsel auf dem Posten des Ministerpräsidenten kommen.

Moskau—Rom.

Unterzeichnung des italienisch-russischen Vertrages.

Am 8. Februar wurde im Palazzo Chigi in Rom der italienisch-russische Vertrag unterzeichnet.

Zu dem Beschlusse der Sowjetregierung, nach anfänglichem Zögern doch ihre Unterzeichnung für den russisch-italienischen Vertrag zu geben, erfährt der Moskauer Berichterstatter des „Otkrytje“ von maßgebender russischer Seite: Angesichts des Umstandes, daß die Verhandlungen bereits bis unmittelbar vor die Vertragsunterzeichnung gediehen waren, habe die Sowjetregierung davon abgesehen, ihren noch kirchlich von Einowjew betonten Standpunkt in Anwendung zu bringen, wodurch die kapitalistischen Staaten ein immer geringeres Entgegenkommen bewiesen werden müßte, je später sie sich zur Annahme geregelter Beziehungen zu Sowjetrußland entschließen.

Das enttäuschte Italien.

Neuer Bericht aus Rom, dort werde England für die Verzögerung der Unterzeichnung des italienisch-

Mark und Dollar am 11. Februar

(Vorläufiger Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

1 Dollar = 9717 000 p. M.
1 Dollar = 4,2 Billionen d. M.
1 Million p. M. = 0,634 Gulden

Warschauer Börse

1 Dollar = 9 300 000 p. M.
1 Danz. Gulden = 1 661 000 p. M.

russischen Vertrages verantwortlich gemacht mit dem Hinweis, daß die britische Anerkennung der italienischen Anerkennung den Wert weggenommen habe, den sie gehabt hätte, wenn Italien zuerst auf dem Felde erschienen wäre. In amtlichen diplomatischen Kreisen werde behauptet, der italienische Botschafter in London werde unverzüglich abberufen werden, weil er Mussolini ungenügende und irreführende Mitteilungen über Zeitpunkt und Charakter der britischen Anerkennung der Räteregierung geliefert habe.

Moskau—London.

Rakowski zum russischen Geschäftsträger in England ernannt.

Der Vertreter der Sowjetregierung in London, Rakowski, stattete dem englischen Außenamt einen Besuch ab und überreichte dem Außenminister Ramsay MacDonald die Antwort seiner Regierung auf die englische Note, in der die Anerkennung Rußlands ausgesprochen war.

In ihrer Erwiderung nimmt die Sowjetregierung von der Anerkennung Kenntnis und erklärt, daß sie bereit ist, in freundschaftlichem Geiste alle unmittelbar oder mittelbar aus der Anerkennung hervorgehenden Fragen mit der englischen Regierung zu erörtern und zu lösen.

Die Sowjetregierung stellt weiterhin fest, daß sie folgerichtig bereit ist, zu einem Einvernehmen über den Ersatz derjenigen früheren Verträge mit der englischen Regierung zu kommen, die während oder nach dem Kriege erloschen sind oder ihre Rechtskraft durch die Ereignisse verloren haben. Zu diesem Zwecke schickte sich die Sowjetregierung an, in unmittelbarer Zukunft mit allen Völkern ausgestattetem Vertreter nach London zu entsenden, deren Aufgabe ebenso die Lösung der noch ausstehenden Ansprüche und Verpflichtungen der einen Partei gegen die andere und die Erörterung derjenigen Mittel sein wird, den russischen Kredit in Großbritannien wieder herzustellen.

Die Note setzt hinzu, daß die Sowjetregierung sich mit der englischen Regierung in vollem Einverständnis darüber befindet, daß gegenseitiges Vertrauen und Zurückhaltung von den internen Angelegenheiten des anderen die unerlässliche Voraussetzung für die Festigung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Zum Schluß wird in der Note mitgeteilt, daß Rakowski nunmehr zum ordentlichen Geschäftsträger des Bundes der föderierten Sowjetrepubliken am Hofe von St. James ernannt worden ist.

Gute Aussichten für Rußland.

Aus London wird gemeldet: Es besteht nach Ansicht hiesiger Kreise keine große Schwierigkeit für Rußland, um eine Anleihe in Großbritannien aufzunehmen und auch sonst mit britischem Gelde Kredite für Rußland zu schaffen. Diese Ansicht wird auch von mehreren der einflussreichsten Mitglieder des Kabinetts vertreten, die schon früherhin aus Finanzkreisen erhalten haben. In der Londoner Börse besteht ein großer Optimismus über die Aussichten für die Zukunft. Die Tatsache, daß Rußland jetzt von Italien und Großbritannien anerkannt worden ist, verstärkt die Hoffnung, daß Rußland in absehbarer Zeit wieder Exporteur von Rohstoffen und Verbraucher von Fertigwaren werden wird; denn obwohl noch viele Einzelheiten geregelt werden müssen, ehe die alten Beziehungen zwischen London und Moskau wieder in vollem Umfange aufgenommen werden, dürfte immerhin eine endgültige Regelung doch schneller erfolgen, als man noch vor wenigen Wochen annehmen konnte.

Die Aufstandsbewegung in Rußland.

Moskau, 10. Februar. Nach Mitteilungen aus Moskau hat sich die Aufstandsbewegung, die in der Ukraine ihren Anfang nahm, auch auf den Kaukasus, auf Turkestan und Sibirien ausgedehnt. Im Bezirk Wladowitzszenzki, an der Grenze der Mandschurei, bildete General Sitichew eine provisorische Regierung, deren Präsident ein gewisser Gzelskew ist.

Die sowjetistische Regierung beschuldigt Chyha, daß sie die Aufständischen unterstütze. Chyha wird seit dem 26. Januar von aufständischen Truppen unter der Führung des Fürsten Duneida belagert, der seit jeher ein Feind der Bolschewiken, eine Teilung von der Bildung verschwand und nun wieder zum Vorschein kam. Moskau hat mit Chyha keine Verbindung. Kaukasische Bergleute schürten den Aufstand in der Gegend von Wladylaufsk. Bedeutende antibolschewistische Kräfte sollen auch in Westrußland operieren.

Selbstbestimmungsrecht und Schule.

Interpellation

der Abg. Graebe, Linke und anderer Abgeordneter von der Deutschen Vereinigung im Sejm wegen gewaltsamer Entfernung deutscher katholischer Kinder aus der deutschen katholischen Schule in Bromberg an den Unterrichtsminister.

Am 31. Januar und 1. Februar wurde die deutsche katholische Schule in Bromberg durch den Bischof Rukucki aus Posen einer Revision unterzogen. Das Ergebnis derselben war, daß 105 Kinder, deren Eltern deutsche Katholiken sind, in die polnische Schule überwiesen wurden. Bei dem Vorgehen der Revisionsbeamten zeigte sich folgende Tendenz:

- a) Kinder, die einen polnisch klingenden Namen haben, werden als zum Polentum gehörig erklärt,
- b) Kinder, die sich eine gewisse Fertigkeit in der polnischen Sprache in der deutschen Schule angeeignet haben, werden für die polnische Schule herangezogen,
- c) Kinder von Beamten, von staatlichen und städtischen Arbeitern werden mit der Begründung in polnische Schulen gesteckt, daß Arbeiter und Beamte in staatlichen und städtischen Betrieben die Pflicht hätten, ihre Kinder polnisch unterrichten und erziehen zu lassen.

Proteste der Eltern, sowie das Weinen und Wehklagen der Kinder änderten nichts an dieser harten und allem Minderheitenschutz höhnsprechenden Maßnahmen. Die Eltern haben vielfach nicht nur an die Schulbehörde, sondern auch an uns Abgeordnete Erklärungen abgegeben, daß sie sich zur deutschen Nationalität gehörig betrachten und ihre Kinder in einer deutschen Schule unterrichten lassen wollen. (Siehe Anlage mit einzelnen Angaben von betroffenen Familien. Eine weitere Liste folgt.)

Wir müssen gegen diese unerhörten Maßnahmen des Posener Kuratoriums den schärfsten Protest einlegen. Es ist tief erschütternd, daß gerade die Deutschen katholischer Konfession von den Schulbehörden mit besonderer Gehässigkeit verfolgt werden. Wir fragen daher den Herrn Unterrichtsminister an:

- 1. Ist er bereit zu veranlassen, daß die Anordnung des Kreis Schulinspektors in Schwes zur Rückgezogen und die deutsche Schule in Bieschówko bestehen bleibt?
- 2. Was gedenkt der Herr Minister zu tun, damit die nachgeordneten Schulbehörden die in dem Erlaß des Herrn Ministers vom 23. Juni 1923 Nr. 1275/23 S. festgelegten Bestimmungen über die Wahrung der Elternrechte auch beachten?
- 3. Wird er veranlassen, daß bei der Aufnahme von Anfängern die Willenserklärung des Vaters, wie sie in der Verfügung des Herrn Unterrichtsrichters vom 7. Juni 1923 (1275/23 S.) vorgegeben ist, unter allen Umständen geachtet werde?

Warschau, den 8. Februar 1924.
Die Interpellanten.

Interpellation

des Abg. Daczko und anderer Mitglieder der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Unterrichtsminister betr. die zwangsweise Einschulung von Schulkindern deutscher Nationalität in Konig in polnische Schulen.

In der Stadt Konig sind auf Anordnung des Schulratoriums in Thorn 70 Schulkindern der deutschen Volksschulen und 30 Schulkindern der deutschen Mittelschulen den entsprechenden polnischen Schulklassen überwiesen worden, weil sie katholisch sind und die polnische Sprache schon etwas beherrschen. Der Protest der betroffenen Eltern und die Tränen der Kinder verhallen ungehört. Es ist dasselbe Verfahren, das das Schulratorium in Thorn auch in anderen Kreisen anwendet, wenn die Kinder deutscher Nationalität sich bemühen, die polnische Sprache schnell zu erlernen. Namentlich werden in diesem Falle die deutschen Katholiken hart getroffen. Die Stadt Konig war vor der Übernahme der Verwaltung durch die Republik Polen zu 95 Prozent deutsch, ein Teil des Kreises Konig, die sogenannte Koschneider, zu 100 Prozent. Die Koschneider, die 7 Kirchspiele im Kreise Konig bewohnen, etwa 8000 an der Zahl, sind deutsche Katholiken. Ihre Vorfahren sind um die Mitte des 14. Jahrhunderts aus Westfalen eingewandert und bewahrten 300 Jahre hindurch von 1466 bis 1772, als sie zum polnischen Staate gehörten, ihre deutsche Sprache, deutsch-völkische Sitte und Art. Die in der Stadt Konig wohnenden deutschen Katholiken entstammen meistens der Koschneider. Die zwangsweise Einschulung von Kindern deutscher Nationalität in polnische Schulen ist ein offener Bruch des Minderheitenschutzvertrages und des Art. 109 der polnischen Verfassung. Es sollen durch diese Maßnahmen die Kinder deutscher Nationalität und namentlich die römisch-katholischen Bekenntnisses möglichst schnell polonisiert werden. Es kommt jetzt das zur Durchführung, was der Kreis Schulinspektor Baranski in Tuchel bei der Organisation der polnischen Schulwesen und bei der Einschulung der Kinder in polnisch-katholische, deutsch-katholische und deutsch-evangelische Schulklassen sagte: „Die Aufhebung der deutsch-katholischen Schulklassen ist nur eine Frage der Zeit.“ Schon im Jahre 1920 und 1921 wurden deutsch-katholische Kinder, weil sie schon „dazich hobrn“ zu sprechen verstanden, polnischen Schulklassen überwiesen. Das Recht der Eltern, über die Erziehung ihrer Kinder selbst zu bestimmen, ist in diesem Falle trotz der Verordnung des Herrn Ministers vom 7. Juni 1923 Nr. 1275/23 S. durch die nachgeordneten Schulbehörden gänzlich verleret worden. Von dieser Wahrung der Schulbehörden werden namentlich viele deutschstämmige Beamtenfamilien hart betroffen. Posener und Kreis Schulinspektoren stehen auf dem Standpunkt, Beamte deutscher Nationalität wären verpflichtet, ihre Kinder polnischen Schulen anzuführen und dürften auch in der Familie nur polnisch sprechen. Die Proklamation des Obersten Polnischen Volksrats vom 30. Juni 1919, nach welcher die Beamten deutscher Nationalität in ihrer Stellung verbleiben, und auch ihre deutsch-völkische Eigenart bewahren dürfen, wird durch diese Maßnahme aufs erblichste verleret.

- Wir fragen den Herrn Minister an:
- 1. Ist ihm diese Verletzung der Elternrechte bei der Erziehung der Kinder bekannt?
 - 2. Ist er bereit zu veranlassen, daß gemäß dem Willen der Eltern die Kinder in Konig wieder ihren früheren deutschen Schulklassen überwiesen werden?
 - 3. Will er veranlassen, daß die Verordnung des Herrn Ministers vom 7. Juni 1923 Nr. 1275/23 S. von allen nachgeordneten Schulbehörden in Pommern und Posens allgemein Beachtung findet?

Warschau, den 8. Februar 1924.
Die Interpellanten.

Interpellation

des Abg. Daczko und anderer Mitglieder der Deutschen Fraktion an den Herrn Unterrichtsminister betr. die Erhaltung der deutschen Schule in Bieschówko, Kreis Schwes. Die deutsche Schule in Bieschówko, Kreis Schwes, hat 47 Kinder deutscher Nationalität und ist deshalb auch mit

einem deutsch-evangelischen Lehrer besetzt. Daneben besteht in Bieschówko noch eine polnische Schule mit 18 Schulkindern polnischer Nationalität und einem polnischen Lehrer. Nach Bieschówko sind mehrere Familien evangelischen Glaubens und deutscher Nationalität aus Kongreßpolen eingewandert, deren Kinder die deutsche Schule besuchen. Der zuständige Kreis Schulinspektor in Schwes und der Gemeindevorsteher in Bieschówko wollen die Zahl der Kinder in der deutschen Schule vermindern, um dann, sobald die Zahl der Kinder unter 40 sinkt, die deutsche Schule eingehen zu lassen und mit einem polnischen Lehrer zu besetzen. Der Kreis Schulinspektor hat nun angeordnet, daß die aus Kongreßpolen zugewanderten deutschen Kinder, die die polnische Sprache beherrschen, die polnische Schule zu besuchen hätten, und droht den Eltern im Weigerungsfalle Schulstrafen an. Die Eltern lehnen die Erfüllung dieser Anordnung ab, da sie deutscher Nationalität sind und ihnen das Recht zusteht, über die Erziehung ihrer Kinder allein zu bestimmen. Diese Anordnung verstößt gegen den Minderheitenschutzvertrag und die Verordnung des Herrn Ministers vom 7. Juni 1923 Nr. 1275/23 betr. Wahrung der Elternrechte.

Wir fragen den Herrn Minister an:

- 1. Ist er bereit zu veranlassen, daß die Anordnung des Kreis Schulinspektors in Schwes zur Rückgezogen und die deutsche Schule in Bieschówko bestehen bleibt?
- 2. Was gedenkt der Herr Minister zu tun, damit die nachgeordneten Schulbehörden die in dem Erlaß des Herrn Ministers vom 23. Juni 1923 Nr. 1275/23 S. festgelegten Bestimmungen über die Wahrung der Elternrechte auch beachten?

Warschau, den 8. Februar 1924.
Die Interpellanten.

Pakzweiweigerung.

Interpellation

des Abg. Graebe und anderer Abgeordneter der Deutschen Vereinigung im Sejm betreffend Verweigerung von Auslandsvisen an den Herrn Innenminister.

Wiederholt sind Klagen darüber laut geworden, daß polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, welche in dringenden Wirtschafts- oder Familienangelegenheiten ins Ausland reisen mußten, Schwierigkeiten bei der Erteilung von Auslandsvisen gemacht bzw. diese ohne Angabe von Gründen verweigert wurden. Es liegt auf der Hand, daß durch ein solches Vorgehen große und schwere wirtschaftliche Nachteile eintreten müssen, für die der Betroffene keinen Ersatz erhält, abgesehen davon, daß hierin eine unerbittliche Beschränkung der persönlichen staatsbürgerlichen Freiheit liegt. — Während man in anderen Staaten den Pakzwang äußerst schwer empfindet und sich bemüht, denselben möglichst abzubauen, füttern sich in unserem Staate immer neue Schwierigkeiten auf. — Als Beispiel, in welcher Weise die erwähnten Erschwerungen eintreten, gelte folgender Fall (siehe Anlagen):

Am 9. November 1923 beantragte der Administrator Erich Spitzer in Segartow, Kreis Culm, einen Paß nach Deutschland. Der Antrag wurde vom zuständigen Postbesitzer, der Sekretär des Paßbüreaus, fast ihm auf Befragen zu, innerhalb 3 bis 4 Tagen den Paß fertig zu haben. Auch seien alle Unterlagen dazu da. Da der Antragsteller 1889 geboren wäre, sei auch kein militärisches Hindernis vorhanden. Es ist noch zu bemerken, daß Herr Spitzer im Jahre 1923 noch nicht einmal einen Paß für sich beantragt hatte und am 20. Oktober 1923 das letzte Mal im Auslande gewesen war. Als Herr Spitzer in der vorgeschriebenen Frist seinen Paß abholen wollte, wurde ihm der Bescheid, der Herr Starost könne ihm so ohne weiteres den Paß nicht erteilen. Es wäre bei ihm die Genehmigung des Wojewoden nötig. Erst am 14. Januar erhielt er besiegeltenden abschlägigen Bescheid ohne jede Begründung.

Herr Spitzer ist polnischer Staatsbürger, der seine staatsbürgerlichen Pflichten stets voll erfüllt hat.

Wir fragen den Herrn Innenminister daher an: Ist derselbe bereit:

- 1. allgemeine Weisung zu geben, daß die Erteilung von Visen an polnische Staatsbürger ohne Schwierigkeiten und ohne Rücksicht auf ihre Nationalität erfolgt?
- 2. anzuordnen, daß im Falle einer begründeten Verweigerung dem Antragsteller der Grund der Ablehnung bekanntzugeben ist?
- 3. zu veranlassen, daß im vorliegenden Falle Spitzer schleunigst eine Untersuchung des Vorganges vorgenommen und dem Antragsteller bezüglich des Pakzwangs zu seinem Recht verholfen wird?

Warschau, den 8. Februar 1924.
Die Interpellanten.

Pässe für Staatenlose.

Staatenlose, meist solche Personlichkeiten, welche durch einseitige Option das polnische Staatsbürgerrecht verloren, aber ein neues Staatsbürgerrecht nicht gewonnen haben, glauben vielfach, daß sie auf Grund der ihnen von Behörden ausgeteilten Staatenlosen-Pässe aus dem polnischen Gebiet aus- und wieder einreisen können. Sie übersehen dabei meist, daß in dem Paß der Vermerk angebracht ist: „Paßport niniejszy nie upowaznia do powrotu do polski“, das heißt auf deutsch: „Dieser Paß berechtigt nicht zur Rückkehr nach Polen.“ Es empfiehlt sich daher für alle Staatenlosen, welche eine Auslandsreise unternehmen wollen, sich vorher davon zu überzeugen, daß durch das eingeholte Pakvisum die Rückkehr auch sichergestellt ist, da ihnen sonst große Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten erwachsen und eine Rückkehr auf ihr Besitztum oft unmöglich gemacht wird.

Republik Polen.

Ein neuer Dringlichkeitsantrag des Nationalen Volksverbandes betreffs der deutschen Staatsangehörigen in Polen.

In Sachen der deutschen Staatsangehörigen in Polen hat die Abg. Sofia Sokolica und Genossen vom Nationalen Volksverband einen neuen Dringlichkeitsantrag im Sejm eingebracht, worin die Regierung aufgefordert wird: 1. Unverzüglich die Verhandlungen mit Deutschland, zu denen der Vertreter Deutschlands die Initiative ergriffen hat, abzubrechen, 2. sofort Veralektungsmahreale in den Deutschen gegenüber, die nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, zu ergreifen und 3. diese Maßnahmen aufs schnellste mit konsequenter Entschiedenheit endgültig und ohne Rückzug ins Werk zu setzen.

Der Abg. Pórozski brachte im Sejm einen Dringlichkeitsantrag ein, der sich dagegen wendet, daß auf Drudpapier ein Zoll gelegt wird.

Besuch des Staatspräsidenten in Posen.

Wie polnische Blätter melden, beschloß der Staatspräsident, am 26. d. M. nach Posen zu kommen, um an der feierlichen Eröffnung der vierten Posener Messe teilzunehmen.

General Kaszewski beim Staatspräsidenten.

Warschau, 8. Februar. Der Führer des 7. Korpsbezirks in Posen, General Kaszewski, war gestern beim Staatspräsidenten zu einer Konferenz, in der militärische Fragen besprochen wurden. General Kaszewski hatte die Absicht, gestern abend nach Posen zurückzukehren, bekam aber die Aufforderung zu einer weiteren Konferenz beim Staatspräsidenten, weshalb er seine Rückreise nach Posen auf heute Abend verschob.

Die Ernennung neuer Wojewoden verlagt.

Der Ministerpräsident Grabzki hielt in den letzten Tagen Beratungen mit Vertretern der Seimgruppen über die Festlegung der Kandidaturen für die Posten von sechs Wojewoden ab. Da sämtliche Parteien in bezug auf die Namen, die durch ihre Gegner in Vorschlag gebracht wurden, Vorbehalte machten und einige Parteien sogar, wie der „Kurjer Poranny“ meldet, gewissermaßen ein Monopol auf die Wojewoden beanspruchten, beschloß der Ministerpräsident, die Frage der Ernennung der neuen Wojewoden zu verlagern.

Änderungen im polnisch-französischen Handelsvertrag.

Wie der „Przeglad Wicgorony“ erfährt, sollten im polnisch-französischen Handelsvertrag gewisse Ergänzungen und Änderungen erfolgen, deren Notwendigkeit sich aus der Praxis ergeben hat. In dieser Angelegenheit ist der Direktor des Departements für den Außenhandel im Ministerium für Industrie und Handel, Tenenbaum, nach Paris abgereist, wo er etwa 10 Tage lang verweilen wird.

Eine 10-Milliardengabe Marshall Pilsudski.

Dem „Kurjer Poranny“ zufolge betrug die Einnahme aus der Vorlesung des Marshalls Josef Pilsudski, die er aus Anlaß der Feier des Januar-Aufstandes hielt, etwa 10 Milliarden Mark. Diese ganze Einnahme überweist Marshall Pilsudski dem Fonds für die Veteranen des Aufstandes von 1863. Die Verteilung des Fonds übernimmt auf Grund eines Beschlusses des Legionärsverbandes, der die Feier arrangiert hatte, eine besondere Kommission.

Gehaltszulage für Staatsbeamte.

Das Finanzministerium hat telegraphisch angeordnet, daß den Staatsbeamten am 16. d. M. eine Zulage von 32 Prozent des Gehalts vom 1. Februar d. J. ausbezahlt werde. Auf Verlangen kann diese Zulage in Groszartigen Gulden-schätzungen ausbezahlt werden. Im Interesse der Sanierung der Finanzen und des Wirtschaftslebens liegt es, daß möglichst umfangreich von dieser Berechtigung Gebrauch gemacht wird. Das Finanzministerium hat alle anderen Ministerien aufgefordert, dieses den ihnen unterstellten Beamten klarzumachen.

Der Schlesiische Schulverein

hat beim Völkerbund darüber Klage geführt, daß der höheren Mädchenschule in Rybnik das Schullokal entzogen worden ist.

Die Geheimorganisationen.

Der nationale Volksverband, die Christliche Demokratie und der Klub der Christlich-Nationalen haben einen Antrag über die Geheimorganisationen eingebracht, in dem der Sejm um die Wahl einer Sonderkommission aus sieben Mitgliedern zur genauen Prüfung der alle aufgedeckten Geheimorganisationen betreffenden Materialien angegangen wird. Der Antrag weist auf Wicgorzewicz und Baalski, den „Strazec“ und die „Straznica“ hin und sagt von der „Bereitschaft polnischer Patrioten“, daß in ihr verborgene Einflüsse entdeckt worden seien. Alles das beunruhigt in erster Weise die öffentliche Meinung, die die Beseitigung der Konspiration aus dem Leben des Heeres und der Gesellschaft verlange. — Dieser Antrag der Rechtsparteien ist als eine taktische Gegenoffensive gegenüber völlig analogen Anträgen der Linksparteien anzusehen, die auf die Verschwörerstätigkeit rechtlich gerichteter Geheimorganisationen, z. B. der erst vor kurzem aufgedeckten P. P. P. hinweisen.

Regel Tätigkeit der Kommunisten.

Warschau, 9. Februar. Die kommunistische Arbeiterpartei von Polen ließ in allen Fabrikräumen Warschaws an die Arbeiter kommunistische Flugblätter verteilen, in denen die Arbeiter zur Erringung des Proletariatsstaates aufgefordert werden.

Unruhen im Dabrowaer Kohlengrub.

Warschau, 10. Februar. Dieser Tage kam es im Dabrowaer Kohlengrub in der Milocina-Gütte zu Unruhen. Vor den Direktionsbüreaus versammelten sich in den Nachmittagsstunden gegen mehrere hundert Arbeiter und Demonstranten, um dadurch die Forderungen ihrer Delegation zu unterstützen. Eine herbeigerufene reitende Polizeiabteilung wurde mit einem Hagel von Steinen beworfen, wobei ein Schutzmann am Kopf verletzt wurde. Der leitende Oberkommissar gab daraufhin Feuerbefehl; die abgegebene Salve hatte allerdings keine Verletzungen zur Folge. 60 verdächtige Arbeiter wurden verhaftet.

Kleine Rundschau.

* Leydens psychologische Therapie. Professor Hans Schadow erzählt uns: Als ich in Moskau war, erschien dort auch Professor Ernst von Leyden, unser berühmter innerer Kliniker. Er erzählte mir, ein ganz alter, enorm reicher jüdischer Mann habe ihn kommen lassen, einer, der als Junge barfuß nach Moskau gekommen war. Eigentlich wäre der Alte ganz gesund, aber schrecklich verschämmt. Neugierig erkundigte ich mich nach Leydens Behandlungsweise. — „Ich habe ihm jeden Tag ein Seifenbad verordnet.“ — „Dafür berechnen Sie ihm 20 000 Silberrubel (41 000 Goldmark)? das finde ich reichlich“, sagte ich. — „Nicht Schadow, Sie sind zwar ein guter Porträtmaler, aber noch kein vollendeter Menschenkenner. Denselben Rat hätte ihm auch jeder russische Arzt geben können und nur 100 Rubel liquidiert, dafür hätte der Alte aber höchstens einmal gebadet. Meine 20 000 Rubel genieren ihn bei seinem Reichtum nicht; aber sie ärgern ihn, und aus Ärger wird er eine Woche lang täglich baden. Nicht der Rat, sondern das hohe Honorar wird ihm sein Leben verlängern.“

* Relpat Schö — der Hochstapler. In einer Pension in der Umlandstraße in Berlin an der Ecke der Liebenburger Straße mietete sich vor einigen Wochen ein sehr eleganter Herr mit vornehmen Mäuren ein, trug sich als Filmregisseur Relpat Schö ein, lebte auf sehr großem Fuße, empfing zahlreiche Geldleute zu Hause, weil er die Wohnung nicht verlassen wollte, um draußen nicht von engagementslustigen Filmdarstellern unbestätigt zu werden. Vor kurzem ist er nun unter Mitnahme vieler Pensionsgegenstände und ohne Bezahlung aller Zechen und Rechnungen verschwunden. Inzwischen meldeten sich viele Personen, denen er für seinen von ihm gegründeten Relpat-Schö-Film große Summen abgenommen hatte. Als einer der Geprüften sich die Gründung und den Namen ihres Schöpfers näher ansah, stellte er zu seinem Entsetzen fest, daß der Name des Betrügers Relpat Schö, von hinten gelesen, „Hochstapler“ bedeutet.

Pommerellen.

Tabakanbau in Pommerellen im Jahre 1924.

Die Pommerellische Landwirtschaftskammer teilt mit: Nach der Verordnung des Finanzministers vom 6. Januar 1924, „Da. Nr.“, Fol. 20, ist im Jahre 1924 der Tabakanbau nur im Kreise Graudenz gestattet.

11. Februar.

Graudenz (Grudziadz).

Die Krankenkasse macht bekannt, daß mit dem 10. Februar 1924 die Lohngruppen bis über 20 Millionen täglich, über 120 Millionen wöchentlich, über 500 Millionen monatlich erweitert werden.

Der Brotpreis ist schon wesentlich gesunken. Er fällt fast jeden Tag und ist nun bereits bei 600 000 M. angekommen.

Vieh- und Pferdemarkt. Am 8. d. M. sollte hier ein Vieh- und Pferdemarkt stattfinden. Es waren aber nur wenige Kühe angetrieben.

Die von den Eisbrechern aufgebrochene Fahrwinne folgt dem Zuge des Stromes und geht mit scharfen Kurven von einem Ufer zum anderen.

Seltene Gänse aus der Vogelwelt sind seit einigen Tagen in Gärten und Gehäusen zu beobachten.

Nahrungsmangel eintritt, kommt er bis zu uns, besonders bei großer Kälte. Von seinem Erscheinen schließt man auf strengen Winter.

Thorn (Toruń).

Der Wasserzins für Januar wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung auf 0,10 Blozysfrank festgelegt und die Kanalgebühren für Februar auf 0,08 Blozysfrank.

Die Kälteferien in den städtischen Schulen, die wegen Mangel an Brennmaterialien seit Weihnachten ange dauert haben, sind nun beendet.

Thorner Hauptviehmarkt. Auf dem Haupt-Pferde- und Viehmarkt, der am 7. Februar auf dem Viehmarkt neben dem städtischen Schlachthaus stattfand, waren 267 Pferde, 30 Fettschweine, 57 Käuferchweine, 105 Ferkel und 12 Biegen aufgetrieben.

Das „Schwammachtsfest“ der Deutschen Bühne Thorn, das seit Tagen das Stadtgespräch war, hat nun am Freitag stattgefunden und einen überaus glänzenden Verlauf genommen.

Der Saal des „Deutschen Heims“ stellte die Festweise dar, auf der sich der Hauptbetrieb abspielte. In den Nebenräumen waren eine gemütliche Kförbiele, ein kaltes Büffet, die Bauernschänke „Zum blauen Ochsen“, ein „Nachtstuhl“ und die geheimnisvollen „Katakomben“ eingerichtet.

nicht minder vergnügten Gästen getrieben; bis zum Schluss am frühen Morgen herrschte die prächtigste Stimmung.

Culm (Chelmo), 9. Februar. Seit Anfang Januar d. J. ist auf allgemeinen Wunsch der Kaufmannschaft bei der hiesigen Armendirektion ein Amt zur Bekämpfung des Bettlerunwesens in unserer Stadt errichtet worden.

Neuenburg (Nowe), 9. Februar. Der letzte Sonnabend-Wochenmarkt war zwar lebhaft, jedoch in ungefähre zwei Stunden zu Ende.

dr. Solhan (Dzialdowo), 9. Februar. Im verfloffenen Jahre 1923 sind im hiesigen Schlachthaus geschlachtet worden: 736 Rinder, 552 Schafe, 413 Kälber, 9 Biegen und 967 Schweine.

Tuchel (Tuchola), 9. Februar. Mit einer Frist von vier Wochen ausgenommen ist der wissenschaftliche Lehrer Emil Gronke aus Tuchel.

Thorn.

Annahme wertbeständiger Spareinlagen

auf Basis des Goldfranken unter günstigen Bedingungen.

Thorner Vereinsbank, Sp. z o. odp.

Devisen-Kommissionär.

TORUŃ.

Telefon 692-694.

Expedition Abfahren von Waggonladungen sowie sonstige 1451 Abfahren übernimmt billigst Klewe & Broszki.



Suche f. m. Haush. ein Mädchen weches gut lochen kann und gleichzeitig sämtl. Hausarbeiten übernimmt.

Reparaturen an Zentrifugen Grammo phonen Nähmaschinen Schreibmaschinen. Elektromotoren elektr. Licht- u. Kraftanlagen führt aus preisw. u. gut.

Gutsbesitzerstöchter mit höh. Schulbildung sucht Stellung gleich w. Art. Bev. gr. Gut. St. Schrift u. Rechenfächer, beizje auch ein. Kenntn. d. pl. Sprache u. Schrift. Gef. Angeb. u. B. 24977 a. Annonc.-Exp. d. Wallis, Toruń.

Brennholz

Spalt- und Rundholz zu sehr billigen Preisen empfiehlt jederzeit auf Bahn und Lager engros- u. detailweise Firma: 850

Bracia Tymienieccy, Toruń, Sw. Duchy Nr. 13, Telefon 508.

Deutscher Frauenverein i. Toruń. Freitag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, im „Deutschen Heim“:

Bunter Abend

zum Besten unserer Armen unter gütiger Mitwirkung der „Deutschen Bühne“ und anderer bewährter Kräfte, Singpiel, Deklamationen, Tänze, Lautenspiel, lebende Bilder.

Nach den Aufführungen: Tanz. Spenden für die Büffetts werden vorher bei der Firma Gutav Weese, am Tage der Aufführung vormittags im „Deutschen Heim“ dankend entgegengenommen.

Drucksachen

aller Art liefert in geschmackvoller Ausführung A. Dittmann, G. m. b. H., Bromberg, Wilhelmstraße 16.

Graudenz.

Wer in Graudenz Geschäfts-, Privat- und Familien-Anzeigen veröffentlichen will, muß die größte deutsche Tageszeitung in Polen, die Deutsche Rundschau benutzen.

Deutsche Rundschau

Anzeigen nimmt die Hauptvertriebsstelle Arnold Kriedte, Buchhandlung, Mickiewiczza (Bohmstr.) 3, und alle Usgabestellen entgegen.

Kaufe jeden Posten Stroh

zum höchsten Tagespreise. Offerten erbittet Pawel Witkowski, Ziemiopłody, Grudziadz, Plac 23 stycznia 4/5. Telefon 28 u. 352.

Schieberpapier

für Ringofenziegeleien, weislich leicht, Sonderanfertigung, in Rollen 150 cm hoch, 1000 Moriz Maschke, Grudziadz, Telf. 351.

Deutsche Bühne

Grudziadz G. B. im Gemeindehause, abends 7 1/2 Uhr. Mittwoch, d. 13. Febr., zum 1. Male: Borkenfieber Schwank in 3 Akten von Max Reimann u. Otto Schwarz. 1923 Kartenverkauf Mickiewiczza (Bohmstr.) 15.

Deutsches Reich.

Das ganze Deutschland soll es sein!

Der Berliner Berichterstatter der "Daily News" meldet, daß der Sachverständigenausschuß für das deutsche Budget zwei Grundzüge feststellt haben soll, nämlich, wenn Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllen soll, müssen Ruhrgebiet und Rheinland der französischen Herrschaft entzogen und an Deutschland zurückgegeben werden, zweitens müßten die deutschen Zölle erheblich erhöht und einer internationalen Finanzkontrolle unterworfen werden.

Eine Million deutscher Kinder versorgt.

Laut einer Meldung des "Lok.-Anz." beschloß das amerikanische Hilfskomitee für deutsche Kinder, Ausschuh des Generals Allen, vom 1. März ab täglich eine Million deutscher Kinder mit je einer Mahlzeit zu versorgen. Bisher wurden 650 000 Kinder von dem Komitee gespeist. Die Erhöhung der Hilfsstätigkeit soll ohne Annahmehaltung deutscher Lebensmittel aus großen amerikanischen Vorräten in Hamburg durchgeführt werden. Die Lebensmittel sollen durch 1800 Verteilungsbüros an 6000 Stationen geliefert werden, wo dann die Mahlzeiten an die Kinder abgegeben werden.

Der Sonntag.

Die Pastorenkonferenz des Bezirks Mansfeld beschloß, bei der Mansfeld A.-G. für Berg- und Hüttenbetrieb dringende Vorstellungen gegen die Sonntagsarbeit, wie sie gegenwärtig auf den Hütten eingeführt ist, zu erheben. Zur Begründung wird gesagt, es sei ein für die Dauer völlig unhaltbarer Zustand, daß die Hüttenarbeiter nur den dritten, manche nur den vierten Sonntag frei haben. Gerade bei der verlängerten Arbeitszeit der Werktage, die als eine harte, aber unumgängliche Notmaßnahme auch von dem größten Teil der Arbeiterschaft anerkannt werde, müsse der Sonntag als Ruhetag und zu innerer Erholung freigehalten werden.

Aus anderen Ländern.

Die Deutschböhmern und der Beneš-Vertrag.

Das Exposé des Außenministers Dr. Beneš hat im Senate seitens der Deutschen eine sehr abfällige Beurteilung erfahren. Deutsche Redner aller Parteien bezeichneten den tschechoslowakisch-französischen Vertrag als eine politische Unklugheit ersten Ranges und als Beweis dafür, daß man die alte Praxis in der Behandlung der europäischen Angelegenheiten noch nicht aufgegeben habe. Die Auslieferung der Republik an eine Macht, deren politisches und finanzielles Prestige im Sinken begriffen sei, führe zu einem Verlust der internationalen Sympathien und brüskiere vor allem England. Die Deutschen werden immer Gegner der überaktiven Politik Dr. Benešs sein. In Bezug auf die Versicherung des Außenministers, daß die Tschechoslowakei nach Abschluß des Vertrages mit Frankreich nun-

mehr in eine neue politische Periode eintrete, schreibt die "Bohemia": Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Dr. Benešs Ausführungen nicht allzu hoffnungsfreudig klingen. Als Aktivposten scheint er von dem Bündnis mit Frankreich abgesehen, die kleine Entente, das Verhältnis zu Deutschland, das seit fünf Jahren auf loyal und korrekt sei, und mit einer gewissen Beschränkung das neue Verhältnis zu Ungarn zu suchen. Als Passivposten stellen sich die Beziehungen zu Sowjetrußland, zu England und zu Polen dar. Will Dr. Beneš tatsächlich hinter diese Bilanz den Schlüsselpunkt einer alten Periode sehen und eine neue beinhalten? Kann er tatsächlich eine neue Periode versprechen oder ist die Zustimmung, daß eine neue Periode beginnt, nicht etwa nur eine Umschreibung für die Erkenntnis, daß sie werde beginnen müssen?

Kerenski in Prag.

Prag, 11. Februar. P.M. Zu einem längeren Aufenthalt ist hier Kerenski eingetroffen, um eine Reihe von Konferenzen über die russische Politik abzuhalten.

"Leningrad"

Ab 1. März 1924 wird der Name Leningrad für Petersburg der allein geltende sein. Die russische Post wird Briefe mit der Aufschrift Petersburg oder Petrograd nicht mehr befördern. Nur für Briefe aus dem Ausland soll zunächst noch eine Ausnahme gemacht werden.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß die belgische Regierung die Schleifung der Festungswerke von Antwerpen und Lüttich genehmigt habe.

Frankreichs Ausverkauf.

Der umgedrehte Spiegel.

Eine Reihe Pariser Zeitungen hält sich heute über die Tatsache auf, die seit etwa vier Wochen festzustellen ist, daß nämlich zahlreiche Einkäufer aus Deutschland nach Frankreich kommen, um hier Waren in großem Umfange einzukaufen. Diese Beobachtung kann man in Paris auf Schritt und Tritt machen. Noch nie seit dem Friedensschluß konnte man hier so viele offene Deutschsprechende wie in den letzten Wochen sehen. Persönliche Ansprachen, die ein Korrespondent mit verschiedenen der in Paris eingetroffenen Deutschen hatte, die übrigens meist aus dem besetzten Gebiet stammen, obwohl auch Einkäufer aus Berlin und Sachsen festgestellt werden konnten, ergaben die Gewißheit, daß man Waren, die in Deutschland nur zu höheren Preisen zu erhalten sind, heute in Frankreich einkauft. Das "Echo de Paris" macht darauf aufmerksam, daß diese Käufe in Straßburg, Nancy und Mülhausen sich namentlich auf Baumwollwaren und Möbel erstrecken. In Lyon wird viele Seide gekauft, in Lille und Tourcoing Schafwollwaren und in Bordeaux Wein. Das "Echo de Paris" behauptet, daß diese großen Einkäufe durch drei Rückflüssen bestimmt sind.

Die erste sei: die internationalen Einkäufer glauben an die Stärke des Franken und kaufen eifrig ein, um die Kurse auszunutzen, die gegenwärtig anstehend wären; zweitens: die Einkäufer glauben an eine Stabilisierung des Franken und wollen in der Periode zwischen der Bajse und der bevorstehenden Hausse die Konjunktur ausnützen;

rittens: die bedeutendste Gruppe aber ist die, welche an die Baisse des Franken glaubt und infolgedessen langfristige Verträge abschließt in der Überzeugung, große Gewinne einzuflecken. Die Lieferung der von dieser Gruppe bestellten Waren soll in sechzig bis neunzig Tagen erfolgen. "Echo de Paris" stellt fest, daß es durchaus richtig ist, daß die französischen Verkäufer keine Schwierigkeiten machen, weil es sich um ausländisches Geld handelt, das nach Frankreich kommt, und daß es einerlei sei, ob dieses Ausland Deutschland oder England sei. Das Blatt befürchtet aber auch, daß durch die zahlreichen Einkäufe ein Mangel an Waren eintreten möchte und daß die Waren zu höheren Preisen werden beschafft werden müssen, als sie jetzt verkauft werden.

Dann ist zu sagen, daß die Deutschen, die heute in Frankreich Einkäufe vornehmen, damit nur das selbe vollziehen, was die Franzosen namentlich im Jahre 1921 in Deutschland taten, wobei sie sich übrigens nicht nur auf das Aufkommen von Waren beschränkten, sondern auch große Wertobjekte erstanden. "Echo de Paris" und andere Blätter fordern ein auf alle Fälle ein Ausfuhrverbot, was natürlich ein auf alle Fälle ein solches Ausfuhrverbot erließe, würde es aller auswärtigen Devisen, deren es mehr denn je bedarf, beraubt sein, und der Franken würde in härterer Maße als bisher fallen. Der Präsident der Handelskammer erklärte dem Berichterstatter des "Matin", daß die einzige Haltung für Frankreich eine Erhöhung seiner Ausfuhr sei, womit er durchaus Recht hat.

Sand-Is-Rundschau.

Gegen die Vollerhöhung auf Druckpapier. Am 7. d. M. empfing der Premierminister Grabst eine Delegation des Literaten- und Journalistenbundes sowie eine solche des Verlegerverbandes, die ihm einsehend die letzte schwierige Lage des Druckers und Verlegers klargestellt und gegen die drohenden Folgen einer Vollerhöhung für Druckpapier Stellung nahm. Die Delegation bat den Premier, die von ihr angeführten Gründe zu prüfen und bei der Vollerhöhung Berücksichtigung zu wollen. Der Premier versprach, die Bitte in Erwägung zu ziehen und womöglich die schweren Arbeitsbedingungen zu berücksichtigen.

Materialienmarkt.

Leber. Krakau, 9. Februar. Preise in Dollars. Heimisches Sohlenleder 1,15, Auslandsleder 1,30, Seiten und Hals einheimisch 0,60, ausländisch 0,70 pro Kg. Bestes Rindfleisch 1,40, gerinere 1,15, Bockschaff pro Quadratfuß 0,24-0,25, Rindfleisch 0,28-0,32, Chevreau pro Quadratfuß einheimisch 0,25-0,26, ausländisch 0,32 bis 0,40. Auf dem hiesigen Marke herrscht völliger Stillstand, zu größeren Geschäftsabschlüssen kam es nicht. Tendenz fallend.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

KINO NOWOSCI

Orchester bedeutend vergrößert unter persönlicher Leitung des bekannten Illustrators Herrn B. Sommerfeld.

Anfang 6²⁰ und 8³⁰ Uhr.

KOMMEN! — SEHEN! — STAUNEN!

Ein Wohlgenuss für die Einwohner von Bydgoszcz. Außerordentliche Filmkunst, demonstriert in den größten Städten des Auslandes, wie: Berlin, Wien, London und Paris, wo dieses Kunstwerk im größten Theater während 8 monatlicher Spielzeit ungeheure Massen Publikum heranzog.

2 Serien

PARISETTE | 10 Akte.

Im 3. Akt Sologesang des berühmten Opersängers von Warschau.

Brennholz-Lizitation. Oberförsterei Gartawice.

1. Am Sonnabend, den 16. Februar, 10 Uhr vormittags im Lokale des Herrn Niedzielski, Grupa ewiceń wioskow., Schulbezirk Wnizak, ca. 400 rm Brennholz.
2. Am Dienstag, den 26. Februar, vormittags 10 Uhr im Lokale des Herrn Lange, Gartawice, aus den Schulbezirken Grabowice und Swięta, ca. 500 rm Brennholz, Zaun- und Koppelpfähle usw. Barzahlung am Terminstage Bedingung. Weitere Verkaufsbedingungen werden im Termin bekanntgegeben. Der Oberförster.

Infolge Aufhebung meines Geschäftes verkaufe ich meine Ware um 50 pCt. billiger.

Seinwand, doppelt breit . . . 3 000 000 M.
Barchend zu Semden . . . 3 500 000 "
Cherhot in vielen Farben . . . 3 000 000 "
Mandelker zu Polen . . . bis 8 000 000 "
Handtücher in Damast . . . 1 800 000 "
Leinwand in weiß . . . 1 700 000 "
Wollstoff zu Blusen . . . 5 000 000 "
Trikot in vielen Farben . . . 11 500 000 "
Reißel zu Schürzen . . . 2 398 000 "
Reißel zu Semden . . . 1 500 000 "
Gardinen zu Fenstern . . . 1 500 000 "
Aelderstoffe für Kinder . . . 14 500 000 "
Covercoat zu Mänteln . . . 14 000 000 "

Mein Geschäft befindet sich 6074
Chelminska Nr. 1.
Boleslaw Matowski.

Aufgebot.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß
1. der Landwirt Franz von Bokrasnicki, wohnh. i. St. Triesen, Kreis Schlochau
2. die Gutsbes. Ursula Anatha Warne, wohnh. in Strehin, die Ehe miteinander eingehen wollen.
Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in der Zeitung "Deutsche Rundschau" in Bromberg zu geschehen, am 1. Strehin, a. 5. Febr. 24.
Der Standesbeamte J. B. R a h m e l.

Massagen

in u. außer dem Hause werden lachgemäß durchgeführt H. Menzel Warmińskię 2. 10591

Schulgeld im Februar in der Handelsschule der Industrie- und Handeltammer in Bydgoszcz.

Auf der Sitzung des Kuratoriums der Handelsschule der Industrie- und Handeltammer am 15. Januar d. J. wurde das Schulgeld für den Monat Februar in Höhe von 5 Zloty polstie = Goldfranken festgelegt Bydgoszcz, 8. Februar 1924.

Industrie- und Handelskammer in Bydgoszcz. 1581

Meine Heilanstalt für Lungenkranke

(Tuberkulose) bleibt geöffnet.
Königsberg (Pr.), Hufenallees 18.
Fernsprecher 3255.
Dr. Dangschat, Facharzt für Lungenkranke. 1392

Pianos

liefert in vorzüglicher Ausführung zu Fabrikpreisen, auch auf Teilzahlung.

Beste, wertbeständige Kapitalsanlage!

B. Sommerfeld,
Piano- und Orgelfabrik,
Bydgoszcz, Sniadeckich 56.
Tel. 883. 1309

Unterricht im Zuschneiden

von Herrengarderoben
in Tages- und Abendkursen erteilt 5011
Fritz Schulz, Schneidermeister,
Sienkiewicza (Mittelstr.) 16, 1.

Zentralheizungen

Erfahrteile für Heiztessel aller Art, sowie Materialien, die aus Deutschland bezogen werden müssen, liefert sehr preiswert und sofort 57
Erich Schmalz, Ingenieur,
Ebing, Fliegerstraße 30.

Drahtgestelle f. Lampenschirme fertigt an 5061
Zużytkowanie metalu B. Grage,
Rościszęti (Königsstraße) 12.

Vom 2.-8. März Vom 2.-8. März

Leipziger Frühjahrsmesse 1924

Allgemeine Mustermesse mit Techn. Messe u. Baumesse. Größte u. älteste internat. Messe der Welt. Beste Absatzmöglichkeit — vorteilhafteste Einkaufsgelegenheit bei größter Ersparnis an Zeit u. Kosten.
Die Herbstmesse 1924 1574 findet v. 31. August bis 6. Septbr. statt. Entgegennahme v. Anmeldungen u. Auskünfte durch Otto Mix, Poznań, ul. Kantaka 6a. Tel. 2396.

Zillster Käse

gute Schnittkäse Ware, gibt ab, auch an Selbstverbraucher (10-Pfund-Postpaket), gegen Nachnahme, zum Preise von 300 000 M. pro Pfund.
Ernst Lemte,
Mecarnia Wdrzno, 1000 Grudziadz. 1512

Warne vor Ankauf Brillant-Ringe.

1. groß, Brillant, eiförmig, und groß, Perle.
2. Ketten-Ring, 2 Brillanten Mitte Smaragd.
3. Ring mit 5 Brillanten. Für Ermittlung mögliche hohe Belohnung. 1591
Monika de Szilassy, Pomorska 42 L.

Café Royal Café

Gdańska Nr. 165.
Heute, Montag, den 11. Februar:
Gr. Jazzband - Abend.
Anfang 8 Uhr. Ende 3 Uhr.
Es ladet freundlichst ein
Rackowski, Müller. 1606

Jeder Deutsche veröffentlicht seine Anzeigen in der "Deutschen Rundschau" dem Blatt der Deutschen in Polen

Eine bedeutende Lehrertagung.

Bromberg, 11. Februar.

Am 2. Februar trafen sich in Kleiner's Sälen Mitglieder aus allen Ortsgruppen des Bezirkslehrervereins „Nehgaw“, um wieder einmal gemeinsam über die Probleme neuer Erziehung und über die großen und kleinen Angelegenheiten des Bundes nachzudenken. Das Hauptthema der Tagung hieß: „Die religiöse Schule.“ Schon der einleitende Gesang des Liebes „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ und die Eröffnungsrede des Vorsitzenden Lehrer K. H. Mann-Dabrows (Eisen-dorf), auch die feierliche Deklamation von Schillers „Hörschule“, das Ideal und das Leben“ stimmten trefflich auf das Tagungsthema ein. Redner war Lehrer Willi Damajke. In klaren, tiefgeföhnten und von echt-religiösem Pathos getragenen Worten ließ er seine Hörer die „religiöse Schule“ erleben. Den Weg zum Vollen Menschen will die neue Schule ihre Schüler führen. Das wahrhaft Menschliche wurzelt im „Religiösen“. Hier sind die Quellen unserer Kraft. Alles religiöse Leben äußert sich in zwei Grundformen: schauend und schaffend. Beide Formen müssen im werdenden Menschen entwickelt werden. Der „Schaffende“ ohne Ewigkeitschau bleibt „Arbeitsvieh“, der nur-Schauende tafschauer „Schwärmer“. Die religiöse Schule ist also eine Schule des Schauens und Schaffens. Erlebnisse- und Tatschule. „Schauen“ ist ein Sehen mit fühlendem Auge, ist die Fähigkeit, das ästhetische Wesen der Dinge zu erfassen. (Goethe war ein Meister dieses Schauens!) Aus diesem „Schauen“ kommen die beiden Grundgefühle des schöpferischen Menschen: Liebe und Ehrfurcht. Ihre Gegenpole (Faß und Freiheit) wirken immer zerkleinernd. Zum Schauen erzieht die Schule in einem Unterricht, der das Wesen von Dingen und Vorgängen erleben läßt. Schauen verlangt ein Verweilen, ein Vertiefen. Darum fort mit Lehrvorschriften, die Lehrer und Schüler durch Natur- und Geisteswelt in fichtiger Geschwindigkeit heben! „Kunst“ muß auch endlich in die Schule hinein! „Nur durch das Morgentrot des Schönen dringt du in der Erkenntnis Land.“ Schauen birgt ja die Wurzel zu „Sichn“. Schaffen ist das lebende Dinausdrängen unseres „Sichns“ in die Gemeinschaft, in das All. Daraus folgt, daß die religiöse Schule Arbeits- und Gemeinschaftsschule ist. Im Bruderschaue am gemeinsamen (geistigen und dinglichen) Werk soll jeder Bögling zur Entdeckung und Entwicklung seiner Anlage, seines Berufes, seiner „Gnade“ kommen. Aus einer solchen Schule gehen dann Menschen hervor, die das erlebte Bekenntnis Tat werden lassen: Gabelt lieb die Welt und was in der Welt ist (Beruf, Wirtschaft, Politik, Familie, Volk, Staat, Menschheit), denn sie ist Gottes. So ist die wahrhaftige religiöse Schule auch die wahre weltliche Schule. — Der harte, lanoanhaltende Belfall und die sich anschließende lebhafte Aussprache ließ erkennen, daß viele Hörer mit dem Redner auch im einzelnen, alle aber im Grundgedanken eines Sinnes sind: eine Reform der Schule ist notwendig und sie muß aus dem Geiste des Ur-Religiösen kommen.

Von den weiteren Verhandlungsgegenständen, die mehr enger Bundesangelegenheiten betrafen, ist noch die Lesefrage von a l l e m e i n e r Bedeutung. Die Lehrerschaft ist am Werk, ein Lesebuch für die deutschen Schulen in Polen zu schaffen. Dieses Buch wird rein literarischen, volkstümlichen Charakter haben und in besonderen Anhängen eine Auswahl von polnischen Dichtungen in deutscher Übersetzung bzw. künstlerisch wertvolle Darstellungen aus dem Natur- und Geistesleben der Heimat bringen. Die Lesefrage ist gewiß eine „Kulturfrage ersten Ranges“, wir wünschen dem geplanten Werk ein gutes Gelingen!

Johnes Buchhandlung hatte bereitwillig eine treffliche Ausstellung von Neuerscheinungen auf dem pädagogischen Büchermarkt veranstaltet. Die vielen Bücher mit ansprechenden und s. T. sehr interessanten Titeln zeigten den großen Anteil der Pädagogen des deutschen Kulturkreises am Rinnen um die zeitgemäße Lösung der Frage „Menschenerziehung“. Ein Buch muß besonders genannt werden, weil es hochbedeutend ist: das „Erste Lehrbuch deutscher Lehrer in Polen“, im Auftrag des Landesverbandes deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Polen“ herausgegeben von Willi Damajke. Verlag Johnes Buchhandlung, Wladyslaw. (288 Seiten.) Wer einen Einblick in die Fragen neuer Erziehung und in den Geist unserer deutsch-polnischen Lehrer gewinnen will, der lese dieses auch den Polen fesselnde Buch. Es ist ein wertvolles Dokument der pädagogischen Gesinnung unserer Erzieher, die voll Inbrunst den Worten des Alteserlebens Niesche zustimmen: „Eurer Kinder Land sollt ihr lieben, das unentdeckte, im fernsten Meere, nach ihm heiße ich eure Segel streichen!“

PL

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 11. Februar.

Neue Bestimmungen für die Zahlung der zweiten Vermögenssteuer.

Da bezüglich der zweiten Vermögenssteuerrate noch vielfach Unklarheit herrscht, wird in einer der nächsten Nummern des „Dziennik Ustaw“ eine Verfügung des Finanzministers über die Einzahlung der zweiten Vermögenssteuerrate bekanntgegeben werden.

Gemäß dieser Verfügung werden Personen, die nach Artikel 3 des Vermögenssteuergesetzes vom 11. August 1923 von der Zahlung der Vermögenssteuer befreit sind, nicht verpflichtet sein, die zweite Vermögenssteuerrate zu zahlen, obgleich sie in der Liste der Zahler verzeichnet sind.

Außerdem enthält die neue Verfügung die Festsetzung, daß die Höhe der zweiten Vermögenssteuerrate folgende Grenzen nicht übersteigen kann:

1. Für Zahler der Gewerbesteuer 1., 2., 3., 4., 5. und 6. Kategorie von Gewerbeunternehmungen sowie 1. und 2. Kategorie von Handelsunternehmungen — die Hälfte der vom ganzen Vermögen errechneten Vermögenssteuer;
2. Für Zahler der Gewerbesteuer von Industrieunternehmungen der 7. Kategorie und von Handelsunternehmungen der 3. Kategorie sowie von Zahlern, die freie Berufe ausüben — ein Drittel der vom Gesamtvermögen errechneten Vermögenssteuer.

Wenn der Betrag der zweiten Vermögenssteuerrate die oben festgesetzten Grenzen übersteigt, so wird der Zahler von der Entrichtung des Mehrbetrages befreit.

Die Befreiung oder Ermäßigung der Vermögenssteuerrate unterliegt der unabhängigen Steuerbehörde unter Teilnahme von Sachverständigen. Die interessierten Zahler haben Eingaben um Ermäßigung der Raten an diejenige Steuerbehörde zu richten, die die Rote festsetzt hat, spätestens innerhalb 14 Tagen nach der Bekanntmachung obiger Verfügung.

Eine Versammlung des Bromberger Mietervereins fand am Freitag im Saale des Danisko statt. Der Vorsitzende Herr Matysczak, erbatte einen längeren Bericht über eine Versammlung der Mietervereine, die kürzlich in Warschau stattgefunden hat, und teilte mit, daß zur besseren Erreichung der Ziele der Mietervereine ein Verband derselben, der sich über ganz Polen erstreckt, mit dem Sitz in Warschau gebildet worden ist. Sodann berichtete Herr M. noch über den augenblicklichen Stand des neuen

Mieterschutzgesetzes. In der darauffolgenden Aussprache erklärten sich mehrere Redner gegen die von der Stadt Bromberg beschlossene Wohnungsteuer. Auch wurde gegen die Valorisation der Mieten Stellung genommen.

Über den freiwilligen Militärdienst. In diesem Jahre werden während der Rekruteneinberufung als Freiwillige zum Heeresdienst die Personen eingestellt, welche in den Jahren 1904, 1905, 1906 geboren sind und sich ihrer Militärpflicht im stehenden Heere vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Alterstermine entledigen wollen. Die Gesuche der entsprechenden Personen müssen an das zuständige Bezirkskommando bis zum 1. April d. J. gerichtet werden. Nach Ablauf dieses Termins werden Anträge für den freiwilligen Militärdienst nicht mehr berücksichtigt. Solch einem Antrage ist beizufügen: a) Geburtsurkunde, b) amtliches Führungszeugnis, c) Ausweise über Beruf und Wissenschaftsgrad, d) Erlaubnis der Eltern oder des Vormundes, welcher die Eltern rechtlich vertritt. Wenn die Untersuchung und Einreihung der Freiwilligen stattfindet, wird zusammen mit den Vorschriften für den wehrpflichtigen Jahrgang 1903 veröffentlicht werden.

Zur Berechnung der Umsatzsteuer für den Monat Januar gilt nach amtlicher Auskunft der Durchschnittskurs für Januar in Höhe von 1497 420. Die errechneten Goldfrank werden nach Abzug des bisher üblichen einen Zwölftels des Patents in Goldfrank zu dem jeweiligen Valorisationskurs in Polenmark entrichtet.

Verichtigung. In dem Eingangsband der Herren Land-schaftsrat Kunkel-Rositzemowo und Landrat a. D. von Born-Gallois-Stenno in Nr. 32 vom 8. Februar dieser Zeitung ist unter der Ziffer 2 ein Fehler enthalten, der den Sinn dieses Absatzes etwas verdunkelt. Die betr. Stelle soll lauten: 2. Die Landschaft besitzt gegen diejenigen Mitglieder, welche den ordnungsmäßig erlassenen Landschaftsbeschlüssen und Landschaftsverordnungen nicht Folge leisten, die Zwangsmittel einer öffentlichen Behörde u. m.

In polizeilicher Aufbewahrung befinden sich auf der Kriminalpolizei, Zimmer 41, u. a. Wertbezüge, Raffen, Kissen, ein Unterrod, eine Bluse u. m., Diebstehende, bei einer gewissen Kassa vorgefunden, die die Sachen gestohlen hatte.

Waren erschwindelt hat eine gewisse W. Kucynska bei verschiedenen Geschäftleuten, indem sie sich auf Bestellungen ihres Arbeitgebers berief. Die empfangenen Waren, im Wert von insgesamt mindestens 50 Millionen, hat die R. dann weiter verkauft.

Eine „perfekte“ Taschendiebin, eine gewisse W. Czech, erst 17 Jahre alt, hat sich auf den Wochenmärkten auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek) eifrig betätigt, wurde aber schließlich festgenommen. Sechs Taschendiebstähle hat sie bereits eingestanden. Als Beute, die noch vorgefunden wurde, hatte sie u. a. ergratteter Taschentücher, gezeichnete C. S., S. C., U. M. und J. B., ferner eine Tasche mit drei Schlüsseln, ein Paar Damen-Baschuh, eine Damenhandtasche, ein Portemonnaie und ein Federetui.

Ein großer Waren Diebstahl wurde, wie schon kurzgemeldet, in dem Kolonialwarengeschäft Mittelstraße (Sten-kiewicza) 28 verübt. Der Wert der entwendeten Waren belief sich auf eine Milliarde. Die Täter, fünf an der Zahl, darunter ein Mädchen, wurden ermittelt und festgenommen.

In einem Schweine Diebstahl vereinigte sich ein Bier-blat von jungen Burschen, und ihr Ziel war das Grund-stück Stettinska 7. Der Einbruch mißglückte aber, da der Besitzer die Diebe verfeuchten konnte, wobei er allerdings im Handgemenge Verletzungen davontrug. Die Eindreh-er wurden später festgenommen; sie heißen W. Kowalski, Jan Beglarski, Jan und Willi Wonek.

Gestohlen wurden im Hause Friedenstraße (Zasna) 19 in Schleusenau (Okoie) Garderobe und Wäsche, gezeichnet A. P.

Festgenommen wurden am Sonnabend und Sonntag nicht weniger als 17 (siebzehn) Personen wegen Dieb-stahls.

Inowroclaw, 9. Februar. Am Donnerstag früh stürzte ein Teil der hinteren Wand des Wohnhauses Dworcowa 54 ein. Glücklicherweise haben dabei Menschen keinen körperlichen Schaden erlitten. Wie berichtet wird, steht der Wandensturz mit den Salzmägen der Saline in keinem Zusammenhang.

Wissa (Leszno), 9. Februar. Am 5. April dieses Jahres wird das hiesige private deutsche Lyzeum (Mädchen-schule) auf ein hundertjähriges Bestehen zurück-blicken. Dieser Geburtstag soll mit einer kleinen Feier be-gangen werden, an der sich auch ehemalige Schülerinnen beteiligen wollen.

Posen (Poznan), 8. Februar. Ein „Jdyll“. Der „Polsky“ erhielt dieser Tage folgende Zuschrift: „Am 1. Februar ging ich zufällig durch Głowno und bewerkte vor einer Schule einen großen Menschenauflauf. Unter der Menge brännten sich Schulkinder, was um so mehr auffiel, als sie um diese Zeit Unterricht haben wärdten. Die Sache klärte sich bald auf. Aus dem Menschenauflauf führte eine Lehrerin. Man geschlagen, vermeint und verzwickelt, um Hilfe rufend, — denn im oberen Stockwerk wurden die Lehrerinnen erbarmungslos miß-handelt. Sie lief nach der Polizei. Zur Rettung war der Zugang unmöglich. Ich erfuhr nun, daß der Anführer des Überfalls der Vater eines die Schule besuchenden Kindes war.“

Posen (Poznan), 9. Februar. Wie aus Warschau gemeldet wird, hat der Ministerrat beschlossen, ein Abkommen zwischen der Stadt Posen und dem Kriegsminister in Sachen der früheren besetzten Posener Terrains auf dem rechten Wartheufer zu beschließen. Auf Grund dieses Vertrages geht das Terrain in den Besitz der Stadt über.

Konrektpolen und Galizien.

Lublin, 10. Februar. Freitag nachmittag wurde die Feuerwehr nach der Flugzeugfabrik von Pege und Pasiewicz gerufen, wo ein großer Brand ausgebrochen war. Die erste Tättigkeit der Feuerwehr richtete sich darauf, die Flugzeuge aus den Unterständen herauszuschaffen. Es erwies sich dies jedoch als vollständig unmöglich, da bereits alle Flugzeuge in Flammen standen. Auch konnte der Brand nicht lokalisiert werden, da sämtliche drei Schup-pen durch ein Holzdach verbunden waren. Der Brand ist entstanden infolge der Explosion eines Fasses, aus dem Benzol gepumpt worden war, und worin sich ungefähr 300 Kilogramm Benzol befanden. Die Handlöschapparate konnten nicht benutzt werden, da sie eingefroren waren. Der Schaden beträgt viele Milliarden.

Handels-Rundschau.

Geldmarkt.

Notierung der polnischen Mark an der New Yorker Börse. Die dem „Kurjer Poranny“ aus New York gedrahete wird, ist mit einer amtlichen Notierung der polnischen Mark an der New Yorker Börse begonnen worden. Das Blatt enthält darin ein Zeichen für das Vertrauen des Auslandes zur polnischen Währungsstabilität. Amtlicher Valorisationswert des Goldfranken für den 11. und 12. Februar: 1 800 000 Ma.

Die polnische Mark am 9. Februar. Danzig 0,631—0,634, Aus-zahlung Warschau 0,608—0,612; London, Auszahlung Warschau 88 000 000; Wien 78—83; Prag 8,45—4,25, Auszahlung Warschau 8,55—4,35.

Warschauer Börse vom 9. Februar. Schecks und Um-fäße: Belgien 377 500—375 000, Holland 3 510 000—3 464 500, London 40 530 000—40 230 000, New York 9 350 000—9 300 000, Paris 425 000—406 000, Schweiz 1 630 000—1 618 250, Prag 207 500—266 000, Wien 131,85—131,25, Italien 410 000—405 000, Goldfrank 1 800 000. — Devisen (Warschau und Umfäße): Dollar der Vereinigten Staaten 9 350 000—9 300 000, franz. Franken 418—417 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 9. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Persebrsfreier Scheck: Warschau (1 000 000) 0,608 Geld, 0,612 Brief. Dannoten: 100 Rentenmark 111,72 Geld, 112,28 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,631 Geld, 0,634 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,8204 Geld, 5,8496 Brief. Telegram. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 115,71 Geld, 116,29 Brief, New York 1 Dollar 5,8054 Geld, 5,8346 Brief, Holland 100 Gulden 216,33 Geld, 217,92 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	In Millionen 9. Februar		In Millionen 8. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gld.	1571063	1578937	1581038	1588952
Engl. Mr. 100	1393500	1403500	1401498	1408512
Belgien 1 Fres.	160575	170245	172588	179432
Norwegen Kr.	561593	562407	564585	567415
Schweden Kr.	880215	883705	884285	887115
Dänemark Kr.	1101240	1106760	1103235	1108765
Frankreich 100 Fr.	105735	106265	105735	106265
Italien 1 Lire	184538	185462	184538	185462
England 1 £ St.	1804750	18145250	18145500	18245500
Amerika 1 Doll.	4189500	4210500	4189500	4210500
Frankreich 1 Fr.	189525	192475	195510	198490
Schweden 1 Kr.	729173	732827	731165	735835
Spanien 1 Pes.	533663	536337	536655	539345
Porto 1 Gen	1856375	1864625	1855375	1864625
Rio de Jan.				
1 Milreis	493750	501250	498750	501250
Dtsch.-Osterr.				
100 Kr. ab. est.	59,351	59,649	60,049	60,351
Prag 1 Krone	121695	122305	121695	122305
Subapostl. Kr.	147,630	148370	147,630	148,370

* In tausend Reichsmark.

Rüchiger Börse vom 9. Februar. (Amtlich.) New York 5,75, London 24,80, Paris 26,09, Prag 16,08, Belgien 23,58, Holland 215 1/2.

Die Landesdarlehenskasse hat heute für Gold 2 185 000, Silber 870 000, 1 Dollar, große Scheine 9 250 000, kleine 9 157 000, Sterling 81 500 000, franz. Franken 401 000, Schweizer Franken 1 600 000, Zloty, Serie 2 1 400 000.

Attienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 9. Februar. (Notierungen in 1000 Prozent.) Bankaktien: Bank Przemyslowca 1 bis 2 Em. 825. Bank Zw. Spółk. Jarosl. 1.—11. Em. 1900—2000. Polst. Bank Handl., Poznan, 1.—9. Em. 800. Pozan. Bank Niemlan 1.—5. Em. 250. — Industriekaktien: Arcona 1 bis 5. Em. 500—550. R. Barcikowski 1.—6. Em. 200—105. Bromar Krotoszynski 1.—4. Em. 1200—1250. G. Golecki 1.—9. Em. 270 bis 200. Centrala Skó 1.—5. Em. 800—825—810. Garbarnia Sawicki Opalenka, 1. Em. 225. Goplana 1.—3. Em. 425—475—450. C. Farnig 1.—6. Em. 800—295. Gartzwig Kaniowicz 1.—2. Em. 1750—1450. Gurtownia Proterwina 1.—3. Em. 65—68. Gurtownia Swialowa 1.—4. Em. 80—35. Herfeld-Viktorius 1.—2. Em. 1950 bis 2000. Astra 1.—3. Em. 700—750. Ben u. Toruniu 400—550. Rafoma 1.—2. Em. 200. Suban, Fabryka praeiu niem. 1.—4. Em. 20 000. Dr. Roman May 1.—4. Em. 9000. Marzyni Pał. wozod. w Warzawie 180—180. Wlyn Niemiański 1.—2. Em. 450. Mlnotowonia 1.—5. Em. 400. Polno 1.—3. Em. 240—250. Papiernia Gombocz, 1.—4. Em. 250. Pielich, Fabryka Wapna i Cementu 1900. Pozan. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 525—560. Pneumatik 1.—4. Em. 60. Tartal we Wraesni 1.—2. Em. 55. Ulania 1 bis 4. Em. 170. Tri 1.—3. Em. 1800. „Unia“ (früher Ventki) 1 und 3. Em. 2600—2700—2600. Wlata, Angosocz, 1.—3. Em. 4000. Wni-wornia Chemiczna 1.—4. Em. 140. Zjed. Browary Grodziskie 1.—4. Em. 525. Tendenz: etwas fester.

Produktenmarkt.

Getreidemotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit v. 7. Febr. bis 9. Februar. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 26 000 000—28 500 000 M., Roggen 16 000 000—17 500 000 M., Futterernte 16 000 000 bis —, Malt, Braugerste 17 000 000—19 000 000 M., Felderblei — bis —, Malt, Viktorierbren — bis —, M., Safer 17 000 000 bis 19 000 000 M., Fabrikarierbren —, M., Senf, lode 5000 000 M., do. zentr. 7 000 000 M., Weizenmehl 70% (inkl. Saft) 52 000 000 bis 55 000 000 M., Roggenmehl 70% (inkl. Saft) 34 000 000—36 000 000 M., Weizenkleie 11 000 000 M., Roggenkleie 10 000 000 M.

Entliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 9. Februar. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. — Doppelzentner bei inferiorer Wagon-Lieferung.)

Weizen 25 000 000—29 000 000 M., Roggen 16 000 000—18 000 000 M., Gerste 17 000 000 M., Braugerste 18 000 000—20 000 000 M., Safer 13 000 000—20 000 000 M., Roggenmehl 31 000 000—34 000 000 M., Weizenmehl 52 000 000—55 000 000 M. (inkl. Saft), Roggen-mehl 10 000 000 M., Weizenkleie 11 000 000 M., Fabrikarierbren —, M., Peluschten 20 000 000—22 000 000 M., Serradella 15 000 000 bis 17 000 000 M., Widen 18 000 000—20 000 000 M., Felderblei 18 000 000—24 000 000 M., Viktorierbren 40 000 000—47 000 000 M. Stärkere Nachfrage bei schwächerer Zufuhr. — Tendenz: fester.

Danziger Getreidemotierung (amtlich) vom 9. Februar. Weizen, Roggen, Gerste und Safer unverändert.

Berliner Produktenbericht vom 9. Februar. Amtliche Pro-duktennotierungen per 1000 Kg ab Station. Weizen märkischer 156—158, Tendenz fester, Roggen märkischer 132—136, pommerscher 129—134, westpreussischer 128—130, fester, Braugerste 150—160, Futterernte 138—140, fester, Safer märkischer 106—110, pommerscher 100—105, fester, Weizenmehl per 100 Kg. 28,75—28,75, fester, Roggen-mehl 21,50—22,25, fester, Weizenkleie 7,50—7,75, fester, Roggenkleie 6,90—6,90, fester, Raps 2,90, fester, Veimtal 4,20—4,40, festig, Vik-torierbren 25—26, kleine Speiseerben 18,50—20, Futtererben 13—15, Peluschten 13—14, Ackerbohnen 13—15, Widen 13—15, blaue Lupinen 13—14, gelbe Lupinen 14,50—15,50, Serrabelle 14—15, Feintulchen 22—23, Erdenäpfel prompt 7,50—7,90, Zuckerschmelz 16, Kartioffelflocken 16—16,20.

Bank H. Pfothner

Kom.-Ges. auf Aktien. Telefon 6551/4, 3562.
Danzig, Dominikswall 13. 1288

Erledigung sämtl. Bankaufträge.

Wasserstands Nachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 9. Februar in Zawichost — (1,76), Warschau — (2,05), Błoc — (—), Aralou — (0,46), Thorn 1,83 (1,87), Gordon 1,78 (1,81), Kulm 1,78 (1,76), Graubenz 1,82 (1,78), Auzebraut 1,76 (1,73), Montau 0,89 (0,92), Bielot 0,84 (0,90), Dirschau 0,88 (0,94), Einlage 2,70 (2,62), Schwem-horst 2,70 (2,80) m. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Eisbericht vom 8. Februar. Die Eisbrecherdampfer „Brabe“ und „Drewna“ haben den Kilometer 74,8 erreicht. Als Strecken-dampfer sind „Berle“ von der Bruchstelle bis Rowe, „Kontant“ von Rowe bis Czern, „Dha“ von Czern bis zur Mündung tätig. Von Kilometer 74,8 bis Kilometer 0 Eisstand unverändert. Von Kil-o-meter 74,8 bis zur Mündung Bruchstreifen.

Hauptdrucker: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Brzodogzki, Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund“ Nr. 13.

